

## Antrag

**der Abgeordneten Heidrun Bluhm-Förster, Dr. Gesine Löttsch, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Dr. Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Nicole Gohlke, Kerstin Kassner, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Dr. Petra Sitte, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Katrin Werner, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.**

## Bundesförderfonds für Forschung und Lehre im ländlichen Raum auflegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ländliche und strukturschwache Regionen in der Bundesrepublik Deutschland sind häufig geprägt von Abbau- und Schrumpfungsprozessen der wirtschaftlichen, technischen sowie der sozialen Infrastruktur, die begleitet werden von gravierenden demografischen Veränderungen. Durch Marktregulierung allein können sich keine adäquaten, die Strukturbrüche ausgleichenden oder sogar progressiv ersetzenden neuen Wirtschaftsformen herausbilden. Insbesondere in Ostdeutschland hat sich dies in verheerender Weise seit den 1990er Jahren gezeigt.

Diese seit Jahrzehnten anhaltende und sich weiter vertiefende Tendenz wird in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Auswirkungen noch verstärkt durch entgegengesetzte Prozesse von wachsender Überbevölkerung, zunehmender klimatischer Belastung, extremer Verknappung von Wohn- und Arbeitsraum sowie kollabierenden Verkehrssystemen in großen Städten und urbanen Ballungsräumen.

All diese Tendenzen und Entwicklungsdefizite sind in diversen Studien, verschiedener Hochschulen und Forschungsinstitute hinreichend belegt. Es existieren jedoch im ländlichen Raum keine Forschungs- und Bildungsstrukturen, die sich unmittelbar mit der Erforschung von Arbeits- und Lebensbedingungen, mit der theoretischen Erfassung des Entwicklungsbedarfs in ländlichen Räumen sowie mit der Erschließung neuer Potenziale zu dessen nachhaltiger Deckung aus eigener Produktivkraft befassen.

Auch der von den Bundesministerien des Innern, für Bau und Heimat, für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegte „Plan für Deutschland“ bietet bestenfalls eine zusammenfassende Problembeschreibung, aber so gut wie keine strategischen Ansätze oder Lösungen.

Eine wesentliche Ursache für das Auseinanderklaffen von formuliertem Anspruch und realistischen Lösungsansätzen ist der Versuch, aus bundespolitischer Draufsicht eine

Gesamtschau aller Problemlagen und konsensfähige Lösungsstränge für alle Regionen und über alle politischen Entscheidungsebenen zu entwickeln. Dieser Versuch ist gescheitert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in einem ersten Schritt

1. beginnend in der 20. Legislaturperiode einen zweckgebundenen ressortübergreifenden Förderfonds vorrangig aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie aus Förderprogrammen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat aufzulegen;
2. diesen Förderfonds dazu zu nutzen, um unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Forschungs- und Kompetenzzentren für die Belange der ländlichen Räume aufzubauen und diese Forschungs- und Kompetenzzentren in besonders ländlich geprägten Regionen anzusiedeln;
3. die Forschungszentren damit zu beauftragen, sich mit folgenden Themen zu beschäftigen:
  - a) Speziell für die Lebens- und Arbeitsbedürfnisse des ländlichen Raumes Forschungsthemen zu formulieren, die sich aus den vorliegenden Studien zum ländlichen Raum ableiten lassen;
  - b) unter Verwendung des Erfahrungsschatzes zur Entwicklung ländlicher und strukturschwacher Räume, bundespolitische Strategien zu entwickeln, die Fragen des Klimawandels, der Energieversorgung, Teilhabe und Mobilität, Lebensmittelsicherheit u. a. im ländlichen Raum im Fokus haben;
  - c) eine entsprechende Förderarchitektur zu erarbeiten, die die Entwicklung und den Aufbau von Forschungs- und Ausbildungsstrukturen im ländlichen Raum unterstützt;

auf Basis von und parallel zu den Erkenntnissen der Forschungszentren, der entwickelten Förderarchitektur sowie mit den Mitteln des ressortübergreifenden Förderfonds in einem zweiten Schritt

4. den Bundesländern zu ermöglichen, über Verwaltungsvereinbarungen und Ko-Finanzierungskonzepte zwischen Bund und Ländern entsprechende dem Bedarf angemessene Forschungs- und Ausbildungsstrukturen in den ländlichen Gebieten zu realisieren;
5. für die Leitungs- und Arbeitsstruktur der dort zu gründenden Forschungs- und Bildungsstätten eine Frauenquote von 50 Prozent vorzugeben;
6. über die bundesweite Themensammlung hinaus vertiefende Forschungsschwerpunkte regional zu verankern und den Wiederaufbau kommunaler und regionaler Kompetenzen zu stärken:
  - a) Regionalspezifische Themensetzungen, die
    - i. eine von den Bedingungen und Potenzialen der ländlichen Räume abgeleitete digitale, wissensbasierte Ökonomie stimulieren,
    - ii. ausschließlich klimaschützende und -verbessernde Technologien hervorbringen sowie
    - iii. regionale Wertschöpfung in Produktion, Distribution und Konsumtion dauerhaft etablieren und stärken;

- b) (Wieder)Aufbau kommunaler und regionaler Kompetenzen in den Bereichen:
- i. Regionalentwicklung,
  - ii. digitale und analoge Mobilität,
  - iii. technische Infrastruktur und Kommunikation,
  - iv. Regionalwirtschaft und internationale Verflechtung,
  - v. Sozialwissenschaften und lokale Lebenskultur,
  - vi. Architektur und Baukultur,
  - vii. Stadt- und Dorfentwicklung;
7. an den neu zu gründenden bzw. zu erweiternden Forschungs- und Bildungsstandorten Förderkonzepte zur Schaffung von modernen, ausreichenden und neuen Wohnformen sowie neuer Mobilitätsmodelle mit Bundesmitteln zu unterstützen.

Die so entstehenden Kompetenzzentren, Forschungs- und Ausbildungsstrukturen sollen dem Gemeinwohl verpflichtet sein und als beratende Schnittstellen zwischen dem Bund und regionalen Akteur\*innen neue Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft kreieren.

Berlin, den 26. Januar 2021

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## **Begründung**

Das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland darf nicht nur gelegentlich, aus kurzfristigen politisch-taktischen Erwägungen heraus postuliert werden. Jahrzehntelanges Nichthandeln hat zu immer tiefer gehenden Disparitäten zwischen großstädtischen und ländlichen Regionen, zwischen prosperierenden urbanen Räumen und wirtschaftlich abgehängten Gebieten geführt.

Weder die vielbeschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes noch die bisherigen, hauptsächlich durch den Agrarsektor dominierten Förderprogramme oder die ab 2020 greifenden Neuregelungen der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern werden eine notwendige Umkehr dieser Prozesse bewirken. Sie werden sie – im Gegenteil – weiter verschärfen.

Es muss ein wissenschaftsbasierter politischer und ökonomischer Paradigmenwechsel eingeleitet werden, der es ländlichen und strukturschwachen Regionen ermöglicht, neue eigene Entwicklungspotenziale zu heben und so eigene reproduktionsfähige Lebens- und Wirtschaftsräume zu erschließen.

